„Der Courier"
Organ der deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS ASSOCIATION, LIMITED"
J. B. Ehmann,
Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Chefredakteur.
Geschäftslokal: 1835—1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Telephon 3391.
Abonnementspreis (im voraus zahlbar):
Mittwochausgabe 32—32 Seiten stark.
Für Canada: Ein Jahr, $2.00; sechs Monate, $1.00; drei Monate 50 Cents — bei Vorausbezahlung.
Für Ver. Staaten: Ein Jahr $3.00; sechs Monate $1.50.
Für übriges Ausland: Ein Jahr $3.50; sechs Monate $2.00; drei Monate $1.00.
Reklame kostet 70c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechenden Rabatt.
Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht", usw.: Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 75c; für jede weitere Insertion 50c.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 90c.

Die Munizipalwahlen.

Wieder ist die Zeit gekommen, da in den Städten und ländlichen Munizipalitäten von Saskatchewan eifrige Vorbereitungen zu den Gemeindewahlen getroffen werden. Nicht ohne guten Grund. Bei dem in Canada herrschenden demokratischen System, bei der hier in weitestgehendem Maße eingeräumten bürgerlichen Selbstverwaltung sind alle Wahlen, mögen sie nun für das canadische Unterhaus in Ottawa, für die Provinzlegislaturen, für die Munizipal- und Stadträte oder für die Schulbehörden anberaumt werden, von hochwichtiger Bedeutung. Es hängt unter den hiesigen Verhältnissen davon sehr viel für eine gesunde Verwaltung, für eine wirtschaftliche Verwendung der Steuergelder und für eine gerechte Behandlung der verschiedenen Bevölkerungsgruppen ab.

Bedarf es angesichts dieser ohne weiteres einleuchtenden Feststellungen noch einer besonderen Aufforderung an unsere deutschsprechenden Freunde, an den bevorstehenden Munizipalwahlen sich nicht nur rege zu beteiligen — das gilt für die Frauen ebenso wie für die Männer —, sondern auch nachdrücklich dafür einzutreten, daß die geeigneten Persönlichkeiten gewählt werden. Fähigkeit, Charakter, Sinn für das Gemeinwohl und ein ausgeprägtes Gerechtigkeitsgefühl sollten die Hauptmaßstäbe sein, die man an die Kandidaten anlegt, welche sich um unsere Stimmen bewerben. Haben wir in unseren Reihen zudem einen Mann, der befähigt und gewillt ist, ein öffentliches Amt zu übernehmen, dann muß es als Ehrensache eines jeden Deutschsprechenden angesehen werden, daß er seinen deutschen Volksgenossen auch kräftigst unterstützt und ihm seine Stimme zukommen läßt. Lächerlich und kleinliche persönliche Zwistigkeiten müssen bei solchen Gelegenheiten verstummen, wenn wir uns nicht zum Gespötte der anderen machen wollen. Familiäre Streitigkeiten und Freundschafts- oder Feindschaftsstimmungen haben zu schweigen. Nur an unsere gemeinsame Sache und an das Wohl unseres Munizipaldistriktes dürfen wir denken. Treten wir dann geschlossen und einig für Kandidaten ein, die uns nahestehen oder gewogen sind, die sich eines guten Rufes erfreuen und auf deren Zuverlässigkeit wir rechnen können, dann erwerben wir uns auch die Achtung jener, die vielleicht nicht unsere Freunde sind.

Mache jedermann von seinem Wahlrecht Gebrauch, das eines der vornehmsten und wichtigsten Rechte des Bürgers ist! Wählen wir aber auch so, daß wir späterhin unsere Wahl nicht zu bereuen brauchen!

Vereine und deutsche Sprache.

In einem deutschamerikanischen Blatte lesen wir eine beachtenswerte Aeußerung zu dem obigen Thema, das in Westcanada wohl noch nicht so aktuell ist, aber doch einmal angeschnitten werden darf. Denn auch hierzulande gibt es rückgratschwache Leute, die nicht mit dem nötigen Ernst für die Erhaltung der deutschen Sprache eintreten, sondern sich von dem Gerede beeinflussen lassen, man müsse dem jungen Element entgegenkommen, anstatt entschieden darauf hinzuwirken, daß die Jugend selbst Lust und Liebe zum heiligen Erbgut ihrer Väter empfinde. Das nachstehend geschilderte Verhalten eines deutschamerikanischen Vereins möge als abschreckendes Beispiel wirken und uns Deutschcanadier zur Selbstbesinnung anregen.

Der Deutsche Turnverein von Neu-Ulm, Minnesota, feierte am 11. November sein 72-jähriges Stiftungsfest. Aber von dem Geist, der die Gründer dieses Vereins einst beseelte, war nach Bericht der D.F.P. nichts mehr bei der Feier zu merken. Der Geist der Väter hatte diese Stätte verlassen. Es war mehr eine Feier des Waffenstillstandstags und der Alliiertensiege über Deutschland, als ein deutsches Stiftungsfest. Mit Ausnahme einer deutschen Ansprache an die ganz alten Pioniere war das ganze Programm englisch. Der Turnlehrer selbst sprach Zweifel über den Fortbestand des Vereins aus, und so wurden die alten deutschen Turner mit tiefer Wehmut erfüllt über den Fortbestand des Werkes, das sie und ihre Vorväter gegründet hatten.

„Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg zum Vollbringen. Der Neu-Ulmer Turnverein ist auf schiefer Bahn; er gebe Acht, daß er nicht rutsche", bemerkt dazu das erwähnte Blatt. „So sind es viele andere deutsche Vereine und Kirchengemeinden, die nach dem Kriege sich nicht mehr auf sich selbst besinnen können und auf die Ideale, die ihre Väter beseelten, als sie solche Vereine und Gemeinden gründeten. „Wir müssen dem jungen Element entgegenkommen", das ist die bequeme Ausrede, mit der sich die Führer und Vorsteher dieser Vereine entschuldigen. Sie irren sich. Mit Einführung der englischen Sprache, mit Tanzvergnügen und Karten-Parties kann kein deutscher Verein aufrecht erhalten werden. Dazu gehören ernste Ziele und Ideale: Aufrechterhaltung der deutschen Sprache war der Grundstein, auf dem alle deutschen Vereine und Gemeinden im Auslande aufgebaut wurden; sobald dieser Grundstein herausgeworfen wird, fällt der ganze Bau zusammen. Mögen diese Worte der Warnung allen deutschen Vereinen die Grundsätze ihrer Väter wieder in Gedächtnis rufen! Mögen sie zu denselben zurückkehren und ihnen treu bleiben."

Wir können das Wort für Wort unterschreiben.

Sagen Sie es Ihren Freunden:
Der Courier ist die führende deutsche Zeitung in Canada"!

Ein Canadier über Deutschland.

Premier Ferguson von Ontario schildert seine Eindrücke

In der Dezember-Ausgabe von „MacLean's Magazine" erscheint ein Artikel, der sich auf eine Rede des Premier G. Howard Ferguson von Ontario stützt, die er vor dem „Empire Club" in Toronto gehalten hat. Die von ihm gesammelten Eindrücke entspringen den Beobachtungen, die er gelegentlich einer im letzten Sommer unternommenen Europareise anstellen konnte. Er besuchte Frankreich, die Schweiz, Deutschland, Dänemark, Holland, Schweden und Norwegen. Seine in Deutschland gemachten Erfahrungen faßt Premier Ferguson folgendermaßen zusammen:

„Wer auch nur den flüchtigsten Blick auf die Lage in Europa wirft, **muß einen tiefen Eindruck erhalten von dem hervorragenden Fortschritt, den das deutsche Volk macht.** Ueberall findet man Sparsamkeit, Fleiß und Tüchtigkeit — auf dem Lande, in der Fabrik, im Geschäftsladen, auf der Straße. Jedermann arbeitet mit Hochdruck, und Deutschland hat in Wirklichkeit keine Arbeitslosigkeit oder jedenfalls kein Arbeitslosenproblem. (Das ist gewiß stark übertrieben und entspricht wohl kaum der Wahrheit. D. Red.) Ueberall trifft man auf prachtvolle Feldfrüchte. Das deutsche Volk hat eine andere Philosophie wie wir. Es glaubt an schwere Arbeit, während mir scheint, daß die angelsächsischen Völker lieber der schweren Arbeit aus dem Wege gehen. Männer, Frauen und Kinder arbeiten in Deutschland von Sonnenaufgang bis zum Einbruch der Dunkelheit auf den Feldern. In den Fabriken schaffen sie bei langer Arbeitszeit und bei sehr mäßigen Löhnen. Die Kosten der Lebenshaltung sind entsprechend niedrig, weit geringer als in Canada und sogar geringer als in Großbritannien (?). Einen starken Eindruck hat bei mir nicht nur die deutsche industrielle und landwirtschaftliche Entwicklung, sondern auch ihre wunderbare Forstverwaltung hinterlassen. Auf einem Bauerngut gibt es keinen Acker Oedland, der nicht bepflanzt ist und in Form einer neuen Baumanlage nicht produktiv wirkt. Ein deutscher Minister sagte mir, daß nach ihrem Gesetz keiner, der ein Bauerngut besitzt, nach Belieben einen Wald umhauen kann, sondern erst ein Gesuch an eine Regierungsbehörde richten muß, die ihm dann vorschreibt, welche Bäume er schlagen darf. Das kommt daher, weil man in Deutschland die Wälder als einen großen Nationalreichtum betrachtet, der für alle Zeit erhalten werden muß. **So können wir alle von den Deutschen lernen,** nicht nur hinsichtlich der Methoden ihrer Leistungsfähigkeit, hinsichtlich ihrer industriellen Betätigungen, sondern auch bezüglich ihrer Einstellung zur zukünftigen Ausdehnung ihrer großen Nation. Es ist meines Erachtens zweifellos, daß in verhältnismäßig kurzer Zeit das deutsche Volk dem Völkerbund oder einer anderen Organisation, die eine maßgebende Stimme in der Weltpolitik innehat, zurufen wird: „Unser Bienenstock ist überfüllt; wir müssen ausschwärmen; wir haben ein Recht darauf, irgendwohin zu ziehen." Dieses große Problem wird nochmal vor das Welttribunal kommen: Was soll mit der überschüssigen deutschen Bevölkerung und mit den überschüssigen deutschen Produkten geschehen?"

Weltumschau

Berlin und Moskau Erneute Bemühungen sind im Gange, um die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Sowjetrußland auf eine zweckdienliche Grundlage zu bringen. Dies ist die Aufgabe einer deutschen Delegation unter Führung des Ministerialdirektors Dr. Posse vom Reichswirtschaftsministerium. Die Abordnung ist nach Moskau abgereist.

Die Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern waren bislang geregelt durch den russisch-deutschen Vertrag vom 12. Oktober 1925, ein umfangreiches Dokument, betreffend deutsche Abfindungen in Rußland, Verkehr per Bahn und zur See, Handelsgerichte und Rechtsschutz in Handelsstreitigkeiten. Indessen hat sich ergeben, daß dieser Vertrag einer weiteren Auslegung und vielleicht ergänzender Klauseln bedarf, um ihn auf die eigenartigen wirtschaftlichen Zustände in Rußland anwendbar zu machen. Verhandlungen waren schon im vergangenen Frühjahr angeknüpft worden, sie wurden aber abgebrochen, nachdem die Sowjetbehörden mehrere deutsche Ingenieure unter Beschuldigung der Teilnahme an Sabotage-Fällen im Donetz-Kohlenbecken verhaftet hatten. Der Abbruch erfolgte auf Anordnung des Reichskabinetts, um einen für Deutschland befriedigenden Ausgang der Sabotageprozesse abzuwarten. Der Zeitpunkt für Wiederaufnahme der Besprechungen ist, wie heute erklärt wurde, nunmehr gekommen.

Tatsache ist, daß unter dem Handelsvertrag Rußland weniger von Deutschland eingeführt hat, als vor Unterzeichnung des Pakts. Die Enttäuschung über eine solche Auswirkung war umso schärfer, als Deutschland besondere Anstrengungen gemacht hatte, um den Vertrag wirtschaftlich ergebnisreich zu gestalten. Zu diesem Zweck hatte die Reichsregirung inen Kredit von 300,000,000 Mark für den Handel mit Rußland garantiert und deutsche Einkäufe von russischen Erzeugnissen möglichst gefördert.

Stresemann und seine Partei Angesichts der immer weiter fortschreitenden Radikalisierung der Rechtsparteien in Deutschland haben es die Nörgler und Widersacher Gustav Stresemanns, des langjährigen deutschen Außenministers und Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei, für richtig befunden, ihr Empfindungen gelegentlich des zur Zeit stattfindenden Parteitages dieser Partei nicht laut werden zu lassen. Infolgedessen wurde Stresemann bei seinem Erscheinen auf dem Parteitage mit einer langandauernden stürmischen Ovation begrüßt. Im weiteren Verlauf wurde er dann einstimmig zum Parteivorsitzenden wiedergewählt.

Die Reparationsfrage. Wie Ende voriger Woche im Berliner Auswärtigen Amt bekannt gegeben wurde, wird die deutsche Regierung wahrscheinlich demnächst die Memoranda der englischen und französischen Regierung beantworten. Tatsächlich bedürfen diese Schriftstücke außer der Empfangsbestätigung keiner besonderen Antwort. Die deutsche Regierung aber wird diese Gelegenheit benutzen, um ihren Standpunkt in Sachen der bevorstehenden Sachverständigenkonferenz noch einmal genau zu präzisieren. Diese Präzisierung erfolgt auf Grund der Auslassungen des Reichskanzlers Müller während seines Genfer Aufenthalts im September sowie der Reichstagsrede des Außenministers Stresemann am 19. November.

Deutschland wird, wie im Auswärtigen Amt noch einmal betont wurde, verlangen, daß die Sachverständigen frei von jedem politischen Druck eine durchgreifende, unparteiische Untersuchung der derzeitigen wirtschaftlichen Lage vornehmen und auf Grund dieses Studiums sodann die Höhe der deutschen Reparationsverpflichtungen festsetzen. Natürlich wird vorausgesetzt, daß die Sachverständigen bei ihren Beratungen auch die Zukunft im Auge haben werden und sich nicht etwa verleiten lassen, eine Totalsumme der Reparation anzusetzen, welche den ganzen wirtschaftlichen Bau des Reiches in Gefahr bringen, die Währung bedrohen, die Lebenshaltung drücken und die deutsche Industrie zwingen würde, die Ausfuhr zu forcieren durch das Abladen ihrer Fertigwaren auf das Ausland bei andauernder Unterbietung aller Konkurrenten im Weltmarkt. Dieses würden die notwendigen Folgen sein, sollte die Reparationssumme zu hoch angesetzt werden.

Deutschland verlangt auch, daß nicht etwa die Verschuldung Englands und Frankreichs an die Ver. Staaten, sondern einzig und allein die Zahlungsfähigkeit des Reiches die Grundlage für die Ansetzung dieser Summe abgeben müsse. Wie es nun den Anschein hat, dürften sich die Vorverhandlungen noch geraume Zeit hinziehen, da noch verschiedene Entscheidungen zu treffen sind, ehe die Konferenz der Sachverständigen tatsächlich zusammentreten kann. So wird angenommen, daß die erste Sitzung frühestens unmittelbar nach Neujahr stattfinden kann.

Von Rom nach Wien. Rom und Wien werden künftig nur noch vier und eine viertel Stunde voneinander entfernt sein, wenn ein neues Flugzeug, das für die Route bestimmt ist, seine Probeflüge gut besteht. Die neue Maschine ist von der Bauart des deutschen Transatlantikflugzeuges „Bremen" und besteht ganz aus Metall. Im Gegensatz zu der „Bremen" wird sie indessen einen 450pferdigen luftgekühlten Bristol-Jupiter-Motor haben. In den ersten Probeflügen hat das Flugzeug bereits eine Höhe von 25,000 Fuß und eine Geschwindigkeit von 137 Meilen stündlich erreicht.

Bethlen und Königsfrage. Ganz Ungarn ist über eine Erklärung des Ministerpräsidenten Graf Bethlen überrascht und enttäuscht, in welcher er ausführte, daß die Frage der Königswahl vorläufig in den Hintergrund treten müsse. Er sagte, das Land habe jetzt andere Dinge vor. Diese Erklärung wurde beim Bankett der liberalen Führer abgegeben. Er knüpfte daran die Warnung, daß alle Propaganda für die Besetzung des Königsthrones vorläufig aufhören müsse und fügte hinzu, er habe nicht den Wunsch, Märtyrer zu schaffen, aber er würde geeignete Schritte unternehmen, um die Agitation für die Thronbesteigung des Erzherzogs Otto oder eines anderen Kandidaten zu bestrafen, wenn sie ihre Tätigkeit, „die die freundschaftlichen Beziehungen mit anderen Ländern gefährde", nicht einstellen würden. Die Agitation, Erzherzog Otto, den Sohn des abgesetzten Königs Karl, auf den Thron zu bringen, stehe im Widerspruch mit den verfassungsmäßigen Grundsätzen Ungarns und würde nicht geduldet werden. Dies gelte auch für die Agitation zugunsten des Erzherzogs Albrecht oder irgendeines anderen Kandidaten.

Graf Bethlen erklärte, daß die Propaganda für die Besetzung des ungarischen Königsthrones Ungarn im Ausland mehr Schaden zufüge als die ganze Kampagne für die Revision des Friedensvertrages von Trianon. Er schloß seine Rede mit den Worten:

„Ich möchte ein für allemal sagen, daß keine Pläne für die Wahl eines Königs gemacht wurden. Wenn aber solche Pläne gemacht werden sollten, werden sie dem Lande in geeigneter Weise zur Kenntnis gebracht werden."

Manin und die Deutschen Der rumänische Premierminister Juliu Maniu befestigte die Stellung seines Ministeriums durch Abkommen mit den Deutsch-Rumänen und mit den Sozialdemokraten. Den Deutschen wurden für den Fall des Wahlsieges der Bauernpartei im kommenden rumänischen Parlament zwölf Abgeordnetensitze zugesichert und den Sozialdemokraten neun. Dagegen wurden die Unterhandlungen mit den Ungarn in Siebenbürgen und den Juden im alten Rumänien abgebrochen, weil sie dem Vernehmen nach zu viele Parlamentssitze beanspruchten. Man hört, daß sie im Begriffe stehen, mit der sogenannten „liberalen" Partei, der Gefolgschaft des abgetretenen Ministeriums Bratianu, einen Kuhhandel einzugehen.

Premier Maniu entschloß, die Feier der durch den Weltkrieg herbeigeführten Angliederung Siebenbürgens an Rumänien bis zum 10. Mai zu verschieben, weil gegenwärtig die Regierung und die Bevölkerung nichts anderes im Sinn hat als die kommenden Parlamentswahlen. Bislang war die Nationalfeier für den 3. Dezember in Karlsburg (Alba Julia), der Zentrale der politischen Tätigkeit der nationalen Bauernpartei, angesetzt gewesen.

Albaniens König Die albanische Regierung hat sich entschlossen die Krönungsfeierlichkeiten von König Aschmed Zogu wegen Mangels von Unterkunftsmöglichkeiten für fremde Gäste bis zum April zu verschieben. Zurzeit befindet sich ein neuer Palast für den König und ein modernes Hotel für die ausländischen Gäste im Bau. Die Gebäude sind die ersten in der Geschichte des Landes, die Badewannen, elektrisches Licht und Telephone enthalten. Es ist das drittemal, daß die Krönungsfeierlichkeiten verlegt wurden.

Aus verläßlicher Quelle wird berichtet, daß König Zogu seiner vor sechs Jahren erfolgte Verlobung mit der 23 Jahre alten Tochter Lela von Schewkat Beg Wilatz, einem sehr reichen Grundbesitzer in Elbassan, gelöst habe. Er soll in seinem Briefe an Lela erklärt haben, daß er sie noch immer liebe, aber daß Staatsgründe ihn zwingen, den Gedanken an eine Ehe mit ihr aufzugeben.

Es heißt, daß Zogu entschlossen sei, eine Prinzessin aus königlichem Hause zu heiraten. Entgegen früheren Berichten wird behauptet, daß Zogu noch immer Mohammedaner sei und nicht die Absicht habe, zu einer christlichen Kirche überzutreten.

Die Wirren in Bulgarien Sonder-Depeschen aus Sofia schildern die Lage in Bulgarien anläßlich des Vorgehens von Iwan Michailow als äußerst kritisch. Ein ganze Division Regierungtruppen ist, wie berichtet wird, nach der mazedonischen Grenze entsandt worden, um den renitenten Komitadschi-Führer gefangen zu nehmen.

Michailow soll, wie weiter gemeldet wird, die Aufforderung der Regierung, sich zu ergeben, rundweg abgeschlagen haben. Ihm ist die Warnung geworden, daß Truppen gegen ihn abgesandt worden seien, mit der Aufgabe, ihn tot oder lebendig nach Sofia zu bringen. Blutigen Zusammenstößen wird entgegengesehen.

Transatlantik-Flughafen. Frankreich ist daran, Pläne für einen regulären transatlantischen Flugdienst zu machen. Der Luftfahrtminister Laurent-Eynac und Charles Danielou, früherer Minister und Präsident des Marinekomitees der Abgeordnetenkammer, haben zusammen einen Plan studiert, Brest zu einem großen internationalen Lufthafen für den transatlantischen Luftverkehr zu machen. Der geplante Flughafen soll sich bei Lanveoz-Poulmic in der Nähe des Hafens von Brest befinden und soll ausreichende Lande- und Unterstellungsmöglichkeiten sowohl für Land- wie für Wasserflugzeuge bieten. Ein Abkommen für den Ausbau des Flugplatzes ist zwischen der Handelskammer von Brest und der Leitung der dortigen Flottenstation abgeschlossen worden, die gemeinsam den Grund und Boden zur Verfügung gestellt haben.

Danielous Plan umschließt die Errichtung von Flugzeughallen, Reparaturwerkstätten, Fabriken, eines Postamtes, Hotels, Barracken für das Personal und alles, was nach Danielous Meinung nötig ist, um Brest das „Havre des transatlantischen Luftverkehrs" zu machen. Ein Teil des Planes ist die Schaffung von unterirdischen Flugzeughallen. Danielous Idee ist es, die Gebäude in solcher Weise anzuordnen, daß sie den Aufstieg auch der am schwersten beladenen Flugzeuge nicht hindern, und er glaubt, daß unterirdische Hallen dazu am meisten beitragen würden. Ein Leuchtfeuer für Flugzeuge soll auf dem Gipfel des Lecronan errichtet werden, um zu gleicher Zeit die Strecke nach Irland und nach Lorent zu beherrschen.

Malta modern befestigt Die letzten Bauten der britischen Heeres- und Marinebehörden haben Malta zu einer der größten Kohlenstationen und Flottenstützpunkte der Welt gemacht. Die alten Befestigungen waren gegen Angriffe moderner Flugzeuge völlig nutzlos, und die Engländer haben die Marinebatterien und Landverteidigungen der Insel völlig geändert. Sie zählen heute zu den besten Verteidigungsanlagen der Welt.

Ein großer Militär- und Zivilluftbasen ist in Hal Far gebaut worden und stellt ein anderes Glied in der weltweiten Kette britischer Luftverbindungen dar. Ein schwimmendes Trockendock, das die größten Schiffe der Welt aufnehmen kann, neue Ausrüstungswerkstätten, große Munitionsmagazine, und viele andere Veränderungen sind vollendet worden.

Malta ist der Hauptstützpunkt der britischen Mittelmeerflotte, die wahrscheinlich die mächtigste Flottenabteilung ist, die es auf der Welt gibt. Außerdem ist Malta einer der wichtigsten Häfen der Welt. Es liegt etwa in der Mitte zwischen Gibraltar und Port Said, und obwohl es dreimal so groß ist wie die Insel Manhattan, hat es nur ein Zehntel von deren Bevölkerung. Die letzte Volkszählung wies weniger als 225,000 Einwohner aus.

Die übertriebenen Rüstungen. Krietzmann, der an der Spitze der russischen Delegation zur Internationalen Konferenz für Vereinheitlichung der Wirtschaftsstatistik steht, nahm in der Konferenz zu Genf die Gelegenheit wahr, gegen die übermäßigen Rüstungen loszuziehen. Er rügte, daß der Konventionsentwurf, welcher der Konferenz vorgelegt worden ist, die Sammlung statistischer Daten über Waffenproduktion und Waffenhandel geflissentlich ignoriere, trotzdem ohne eine solche Waffenstatistik das weltstatistische Bild fragmentarisch bleiben würde. Wenn die Mächte Rußlands Vorschlag der völligen Abrüstung aller Länder aufgegriffen hätten, dann wäre die Geschichte ganz anders gewesen. Die Abrüstungsbestrebung des Völkerbunds sei aber durchaus nicht erfolggekrönt, im Gegenteil, die Rüstungen seien ständig im Wachsen begriffen. Rußland wünsche einer vollkommenen Systematisierung der Statistiken beizutreten, weil dieses für die wirtschaftliche Entwicklung der Welt vonnöten sei.

Graf von Bernstorff, der frühere deutsche Botschafter in Washington und jetzt ein Vertreter Deutschlands im Völkerbund, hielt kürzlich in der Universität München eine Rede, in welcher er erklärte, daß eine allgemeine Abrüstung, die technisch möglich sei, unbedingt notwendig wäre, sollte die Welt vor einem neuen Massenkrieg bewahrt bleiben. Deutschland sei vollständig entwaffnet und es sei deshalb ein Vertragsbruch, wenn die anderen Mächte dem Beispiele nicht folgten, und daß der Kelloggpakt gegen den Krieg ein toter Buchstabe sei, wenn nicht bald alle Mächte zur Abrüstung schreiten würden.

Weitere Flottendiskussion. Obmann Brittex des amerikanischen Hauskomitees für Marineangelegenheiten hat in einem an den britischen Ministerpräsidenten Stanley Baldwin gerichteten Kabelgramm den Vorschlag gemacht, daß das genannte Hauskomitee mit einem Ausschuß des britischen Parlaments in einer gemeinsamen Sitzung die Frage der Gleichheit der amerikanischen und britischen Seestreitkräfte in Bezug auf alle durch das Abkommen der Washingtoner Rüstungsbeschränkungs-Konferenz vom Jahre 1922 nicht berührten Klassen von Kriegsschiffen besprechen soll.

Nach dem Plane Brittens sollte die Sitzung nach dem 4. März nächsten Jahres in Canada abgehalten werden. Die beiden Ausschüsse würden keine bindenden Beschlüsse fassen, sondern nach Art der von der Interparlamentarischen Union angewandten Methode das Resultat ihrer Beratungen ihren Regierungen vorlegen.

Russisch-deutsch-amerikanische Beziehungen.

Anläßlich der bevorstehenden Ernennung des neuen deutschen Botschafters in Moskau und der kürzlich erfolgten Abreise der deutschen Handelsdelegation nach Rußland besprechen zwei Berliner Zeitungen die Prinzipien, die der Tätigkeit des Botschafters und den Beratungen der Delegation zugrunde gelegt werden sollten, wobei besonders auf die deutschen und amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen zu Rußland eingegangen wird. Die Handelskommission wird die Verhandlungen wieder aufnehmen, die nach Verhaftung deutscher Ingenieure im Donetz-Kohlenrevier im letzten März abgebrochen wurden.

Die konservative „Börsenzeitung" rät den deutschen Geschäftsleuten und den Behörden, in Zusammenwirken mit den Ver. Staaten die Märkte Rußlands zu erobern. Sie bemerkt, daß Amerika nach 10jährigem Fernsthen plötzlich Rußland als Absatzgebiet entdeckt habe und daß dem amerikanischen Handel durch das Abkommen zwischen der General Electric Co. und den Sowjets ein großer Anstoß gegeben worden sei.

Der neuerwählte Präsident Hoover ist nach Ansicht der „Börsenzeitung" ein Mann, der Rußland persönlich kennt und für rege Handelsbeziehungen eintreten dürfte, obgleich „hieraus keineswegs eine unmittelbar bevorstehende Anerkennung durch Amerika zu folgern sei". Es wird in diesem Zusammenhange daran erinnert, daß Amerikas Geschäfte mit Mexiko auch dann blühten, wenn die Regierungen der beiden Länder in Fehde lagen.

Der Artikel schließt mit der Empfehlung, daß Deutschland angesichts der amerikanischen Interessennahme in Rußland nicht nur die Entwicklung der russisch-amerikanischen Handelsbeziehungen sorgfältig beobachten, sondern auch gleichzeitig die Möglichkeit eines Zusammenwirkens mit Amerika auf dem russischen Markt in Erwägung ziehen sollte. Es wird betont, daß Deutschland durch amerikanischen Wettbewerb auf den russischen Märkten keineswegs geschädigt werden würde. Es sei im Interesse des Landes, den russisch-amerikanischen Handel nicht zu behindern, denn je mehr Rußland in den Bereich des Wirtschaftslebens der Welt gezogen werde, je günstiger würden die Aussichten für Wiederaufbau in Rußland und damit für deutsches Geschäft im Sowjetreiche werden.

Die liberale „Vossische Zeitung" bringt eine Depesche ihres Moskauer Korrespondenten, in der gesagt wird, daß die russische Regierung keine Gelegenheit verliere, hervorzuheben, daß Amerika, Deutschland und Rußland gleichlaufende Interessen haben. Die Depesche bringt gleichzeitig eine Uebersicht über die Entwicklung der russisch-amerikanischen Handelsbeziehungen, die in dem Abkommen mit der General Electric Co. und dem Besuch von Charles S. Dewey in Moskau einen Höhepunkt erreicht hatten.

Eine amerikanisch-chinesische Verbrüderung.

Eine eigentümliche Verbrüderungsszene fand unlängst zwischen Chinesen und Nordamerikanern statt. Dem Kommandeur der vereinsstaatlichen Marinetruppen in Tientsin, Generalmajor Butler, wurde von den Behörden der Vorstadt Tatschiku der „Schirm der zehntausend Segnungen" zusammen mit zwei Ehrenbannern überreicht. Es ist dies eine ganz ungewöhnliche Auszeichnung, die bisher nur an Chinesen verliehen wurde, und zwar auf einstimmigen Beschluß der Bürger von Tatschiku. Der General hatte sich bei dem Magistrat der 40,000 Einwohner zählenden Stadt so beliebt gemacht, daß dieser eine öfentliche Abstimmung über die Verleihung der seltenen Ehrung herbeiführte, bei der sich keine Stimme des Widerspruchs erhob. Vom Rande des prächtigen riesengroßen Schirms, der aus rotem Satin mit eingestickten Segenssprüchen besteht, hängen 200 etwa 2¼ Zentimeter breite und 15 Zentimeter lange Zipfel herab, deren jeder den Namen eines Stadtratsmitglieds von Tatschiku trägt. Diese begaben sich kürzlich in feierlichem Zuge, mit ihren langen, reichgestickten Festgewändern angetan, zur Wohnung des Generals Butler, um Schirm und Banner feierlich zu überreichen.

Die deutsche Minderheit Südslawiens gegen den Volksschulgesetzentwurf.

Unterrichtsminister Groll wird, nachdem der König seine Genehmigung dazu erteilt hat, in den nächsten Tagen den Volksschulgesetzentwurf dem Parlament vorlegen. Dieser Entwurf berücksichtigt in keiner Weise die Belange der Minderheiten, er sucht vielmehr die heutigen, auf Verordnungen beruhenden und für die Minderheiten unmöglichen Zustände gesetzlich festzulegen. Der Obmann des Deutschen Abgeordnetenklubs, Dr. Kraft, hat daher sogleich beim Unterrichtsminister Protest erhoben, indem er darauf hinwies, daß der für die Minderheiten so lebenswichtige Gesetzentwurf ohne jede Fühlungnahme mit den berufenen Vertretern der Minderheiten zustande gekommen sei. Dr. Kraft verlangte, daß der Unterrichtsminister den Entwurf zurückziehe und ihn der Nationalversammlung nicht vorlege. Diese Forderung wurde nicht erfüllt, und es erscheint auch zweifelhaft, ob die Schritte des Deutschen Abgeordnetenklubs beim Ministerpräsidenten mehr Erfolg haben werden.

Was nicht jeder weiß

Das bisher teuerste Telephongespräch wurde zwischen zwei Geschäftsleuten von London und New York geführt. Es dauerte 95 Minuten und kostete $1,500.

*

Im Jahre 1907 wurde der Bison von der canadischen Regierung zum Naturschutzdenkmal erklärt. Die damals noch lebenden 709 Tiere haben sich jetzt auf rund 15,000 vermehrt.

Weihnachtskarten

Wieder ist die Zeit da, wo Sie an alle Ihre Verwandten und Freunde die fröhlichen Weihnachtsgrüße senden sollen. Deshalb bestellen Sie Ihre Weihnachtskarten jetzt von uns.

Wir sind in der Lage, Ihnen die schönsten Karten zu drucken in verschiedenen Farben.

Schreiben Sie an uns um Preise.

„Der Courier"
1835 Halifax Str. Regina, Sask.